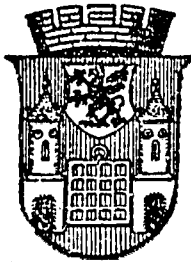


# Schwedter Tageblatt

Veröffentlichungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 207

Sonnabend, den 4. September 1926

33. Jahrgang

## Chronik des Tages.

- Die Reichsminister Stresemann, Reinhold und Curtius nehmen an der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie teil.
- Die Beratungen der Genfer Studienkommission sind beendet. Die Kommission hat den Bericht an den Rat einstimmig angenommen.
- Der Vertreter Brasiliens beim Völkerbund, Melo Franco, hat nunmehr endgültig Genf verlassen und sich nach Paris begeben. Der Gesandtschaftsrat Montarronas heißt als Beobachter der brasilianischen Regierung gegenwärtig noch in Genf.
- Das persische Kabinett ist zurückgekehrt.

## Von Woche zu Woche.

### Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Beinahe scheint es so, als ob das prachtvolle Spätsommerwetter mit seinem strahlenden Himmel die außenpolitische Lage beeinflusst hätte. War zu Beginn der Woche diese Lage noch so verzwickelt und verworren wie nur möglich, so klarte sie sich gegen das Ende hin doch rasch auf und zwar in dem Augenblick, als die Diplomaten sich darüber einig waren, daß die von Spanien verlangte Verquickung der Probleme der Studienkommission in Genf mit der Langerfrage abgelehnt wurde. Damit war die Luft plötzlich durchsichtig geworden und man mußte, worauf es ankam und was eigentlich auf dem Spiele stand. Im Ernst: Das Schicksal des Völkerbundes hing zu Beginn der Woche nur an einem Haar. Auch jetzt noch ist die Krisis nicht endgültig überwunden, denn erst an dem Tage, da Deutschland gewählt worden ist, erst dann hat der Völkerbund seine Existenzberechtigung erwiesen.

Wenn man weiter zurückblickt, muß man die ganze Angelegenheit ja etwas drollig finden. Spaniens Ratsgäste sind abgelehnt, Spanien selbst verärgert. Erst reist man sich um Ratsgäste — jetzt stehen sie leer. Dies Kuriosum hat aber eine für den Völkerbund sehr ernste Seite. Als Brasilien ausfiel, verzeichnete man mit Besorgnis die Minderung des Völkerbundeinflusses und die Verkleinerung der Völkerbundsorganisation, die nur dann erst die Voraussetzung für die Erfüllung ihres Zweckes besitzt, wenn sie allumfassend ist. Jetzt, da man über Spanien und seinen fehlenden Vertreter orakelt, treten die Folgerungen dieser neuen Verkleinerung des Völkerbundes noch viel mehr zutage, denn Spanien ist ein europäischer Staat und hinter Spanien stehen die recht bedeutenden Interessen Südamerikas. Die Liga der Nationen brachte es also nicht fertig, einem einzigen neuen Mitglied, Deutschland, wenigstens einigermaßen den Weg zu ebnen, ohne daß zwei Länder überhaupt aus dem Bunde herausgedrängt wurden und noch dazu schwere Verärgerungen auch bei anderen festzustellen sind. Das ist wahrhaftig kein gutes Zeichen für die innere Gesundheit dieser Organisation, die sich nun schon zum so vielen Male durch eine grundlegende Verfassungsänderung an eine veränderte politische Situation anpassen muß. Trotz alledem ist man ein Stück weiter gekommen. Ob sich der Entschluß Stresemanns, Parlamentarier als Delegierte nach Genf zu senden, als erfolgreiche Maßnahme erweist, muß abgewartet werden.

Ein anderes erfreuliches Ereignis fiel in die vergangene Woche: Die erste Fahrt der „Preußen“ von Swinemünde nach Danzig. Die sinnwidrige Abtrennung deutscher Gebiete vom Reich muß doch irgendwie in ihrer verderblichen Auswirkung herabgemindert werden, die Verbindung Danzigs mit dem deutschen Vaterland muß eine schnelle und praktische sein. Deswegen hat man 5 Millionen Mark an den Bau der Schiffe „Gansstadt Danzig“ und „Preußen“ gemeldet. Die „Preußen“ wurde überall, wie damals die „Danzig“, mit begeistertem Jubel empfangen. Die beiden Schnelldampfer sind die Brücken, die über Polen hinweg Danzig mit dem Reich verbinden. Sie werden sich als segensreich erweisen. Könnte man auch über die inneren Zwiespälte unseres Volkes Brücker schlagen! Und wenn die Kosten noch so hohe wären, es würde sich lohnen.

## Der deutsche Ratsnik gesichert.

Die Beratungen der Studienkommission haben am Freitag ihren Abschluß gefunden. Das von der Kommission endgültig gebilligte Projekt hat keine wesentlichen Änderungen erfahren. Abgesehen von den Änderungen, die sich auf Spanien, Polen und China be-

ziehen, darf insbesondere hervorgehoben werden, daß die Kommission einstimmig der Ansicht ist, daß sie sich nicht in der Lage sah, dem Völkerbundsrat einen Vorschlag zu unterbreiten, der die Vermehrung der ständigen Ratsgäste über denjenigen Sitz hinaus vorsah, von dem die Kommission einstimmig der Ansicht ist, daß er von Deutschland eingenommen werden muß. In der ersten Fassung war dagegen von der Abwendung die Rede, einen neuen ständigen Sitz für Deutschland zu „schaffen“. Durch diese neue Ausdrucksweise soll hervorgehoben werden, daß für Deutschland der fünfte Ratsitz im Prinzip bereits geschaffen war, bevor die Studienkommission zum zweiten Male zusammentrat.

Ministerialdirektor Gaus ist unmittelbar nach Abschluß der Sitzung nach Berlin abgereist, wo er zur Richterstattung bei der Reichsregierung eintrifft. Vorschreiber von Hoersch hat gegenüber seiner ursprünglichen Absicht, gleichfalls nach Berlin zu reisen, sich entschlossen, zwei Tage in Chamoni zu zubringen und von dort aus am Montag sich nach Paris zu begeben. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist für Freitag, den 10. September, vorgesehen.

### Was macht Spanien?

Nachdem Spanien am Donnerstag bei der Eröffnung der Tagung des Völkerbunds seinen Sitz nicht eingenommen und sich nicht hat vertreten lassen, drängt das spanische Problem nunmehr zu einer Lösung. Ein Ministerrat in Madrid wird die Haltung Spaniens entscheiden. Wie man weiter erfährt, sind die Konzessionen in Langer endgültig auf später verschoben und in keiner Weise etwa vorläufig bereits festgelegt.

### Lord Cecil's Resolution.

Nachdem die Studienkommission den Bericht mit den redaktionellen Änderungen debattelos genehmigt hatte, beantragte Lord Cecil die Annahme einer Resolution, in der es u. a. heißt: „Die Mitglieder der Studienkommission richten, bevor sie auseinandergehen, an ihren spanischen Kollegen die Bitte, seiner Regierung den Ausdruck ihrer bestimmten Hoffnung zu übermitteln, daß sie deren Bemühungen, den Wünschen der spanischen Regierung so weit entgegenzukommen, als es die Umstände gestatten, eine wohlwollende Würdigung zuteil werden lasse. Die Kommission empfiehlt die Schaffung wiedererwählbarer Ratsgäste. Die Kommission hofft, daß diese Bestimmungen zeigen möge, daß die von ihren Mitgliedern zum Ausdruck gebrachte einmütige Versicherung des Wohlwollens gegenüber Spanien nicht leere Worte sind, sondern der unwiderlegbare Beweis für ihre Absicht, die spanischen Wünsche zu erfüllen, soweit es ihre Pflicht gegenüber einer Organisation zuläßt, an der Spanien bis jetzt in so bedeutender und ehrenvoller Weise mitgearbeitet hat.“

Diese Resolution wurde debattelos angenommen.

### Der Papst interweniert.

Wie aus Rom gemeldet wird, hatte der Papst mit dem Nuntius in Madrid eine Unterredung über die Haltung Spaniens im Völkerbund. Der Nuntius wird nach seiner Rückkehr nach Madrid eine Audienz beim König und bei Primo de Rivera verlangen, um zu versuchen, Spanien dem Völkerbunde zu erhalten.

## Eine wesentliche Erleichterung im Dawesplan.

Nach dem Sachverständigenplan und dem Londoner Schlussprotokoll hat Deutschland für das dritte und vierte Reparationsjahr je 250 Millionen zusätzliche Zahlungen zu leisten, wenn die verpfändeten Einnahmen — woran nach der bisherigen Entwicklung nicht zu zweifeln ist, — eine gewisse Summe überschreiten. Diese beiden sogenannten „kleinen Besserungsscheine“ im Gesamtbetrag von 500 Millionen waren infolge der daraus sich ergebenden Belastungen des deutschen Budgets und der deutschen Wirtschaft Gegenstand ernster Sorge für die Reichsregierung.

Zwischen dem Reichsfinanzminister und dem durch die Reparationskommission hierzu bevollmächtigten Generalagenten ist nunmehr ein Abkommen geschlossen worden, das an Stelle der zu leistenden 500 Millionen Mark eine Summe von 300 Millionen setzt, die in 12 Monatsraten, beginnend am 5. Oktober 1926, mit zunächst sieben gleichen Monatsbeträgen von je 18 Millionen Goldmark und später fünf gleichen Monatsbeträgen von je 34,8 Millionen Goldmark zu zahlen sind.

Gleichzeitig ist, um eine erhöhte Liquidität der Reichskasse zu erzielen, mit dem Kommissar für die verpfändeten Einnahmen ein Parallelabkommen abgeschlossen worden, nach welchem der Kommissar die verpfändeten Einnahmen, die bisher zu seinen Gunsten jeweils 6 Wochen lang gesperrt waren, unmittelbar freigeibt, nachdem er die zur Erfüllung der Haushaltszahlungen Deutschlands notwendigen monatlichen Summen erhoben hat.

### Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Finanziell bringen die beiden Abkommen für die Reichsfinanzverwaltung eine wesentliche Erleichterung des deutschen Haushalts. Es werden durch das Abkommen mit dem Generalagenten haushaltsmäßig gespart: im Etatsjahr 1926-27 37,8 Millionen Goldmark, im Etatsjahr 1927-28 58 Millionen und im Etatsjahr 1928-29 104,2 Millionen Goldmark. Das Abkommen mit dem Kommissar für die verpfändeten Einnahmen bringt eine wesentliche Verstärkung der Liquidität der Reichskasse mit sich, die sich bis in das Haushaltsjahr 1928-29 auswirkt und für die kommenden Monate dem Reichsfinanzminister bedeutend freiere Bewegung hinsichtlich der eventuellen Finanzmaßnahmen des Geldmarktes für Anleiheemissionen gestattet.

In reparationspolitischer Beziehung sind die Abkommen von dem gemeinsamen Wunsch des Generalagenten und des Reichsfinanzministers getragen, die durch den Sachverständigenplan und das Londoner Schlussprotokoll von Deutschland übernommenen Verpflichtungen tragbar zu gestalten und dem schwierigeren Stande der deutschen Wirtschaft anzupassen. Zu diesem Zweck ist vorgesehen, daß die an Stelle von 500 Millionen zu zahlenden 300 Millionen für Sachlieferungen verwendet werden sollen, wodurch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung eine sehr wichtige Erweiterung erfährt.

## Politische Rundschau.

- Reichsinnenminister Dr. Müllersandte an die Genfer Tagung des Bundes für Europäische Verständigung ein Telegramm mit dem Wunsche, daß sie der Ausgangspunkt einer wahrhaften Verständigung der Völker Europas werden möge.
- Der Präsident des Danziger Senats, Dr. Salm, ist nach Genf abgereist.

### Tagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Hamburg, 4. Septbr. Der dritte Bundestag des G. D. A., der durch Sondertagungen der Fachgruppen und eine Begrüßungsfeier der Ortsgruppen Hamburg eingeleitet wurde, fand gestern seine Fortsetzung durch den Eintritt in die offizielle Abgeordnetentagung. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Sommer-Berlin, eröffnete die Tagung und begrüßte die Abgeordneten aller deutschen Gauen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider-Berlin, stellte bei seinem Rückblick bis zur Frankfurter Tagung vor zwei Jahren fest, daß der Bund auch in politischer Beziehung den richtigen Weg gegangen sei. Der Leiter der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Abteilung des G. D. A., Max Kneffinger, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, berichtete u. a. davon, daß harte Kämpfe in den letzten zwei Jahren um Erhaltung und Ausbau des sozialen Rechts geführt worden sind. Er erklärte, daß die Gewerkschaften bei der Behandlung und Entscheidung der wirtschaftspolitischen Fragen ihrer Bedeutung gemäß immer weiter in den Vordergrund getreten seien. Der vom G. D. A. seit seiner Gründung im Jahre 1920 unbeirrt von Gegenmeinungen propagierte Gedanke der Wirtschaftsdemokratie setze sich immer schärfer durch. Der G. D. A. werde auch in Zukunft den Kampf um Durchdringung der Wirtschaft mit sozialem Geiste und sozialem Rechte als Voraussetzung des Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft mit aller Entschiedenheit weiterführen.

### Stresemann über aktuelle politische Fragen.

Die Züricher Gazzetta del Popolo veröffentlicht eine Unterredung, die der deutsche Reichsminister des Außern Dr. Stresemann ihrem Berliner Korrespondenten Prof. Senatra gewährt hat. Der Minister erklärte darin auf die Frage, ob nunmehr alle Schwierigkeiten bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund als behoben betrachtet werden könnten, daß zwar die Erfahrungen der Würtztagung die Möglichkeiten des Unerwarteten in sich bergen, daß man aber nach der derzeitigen Lage den Eintritt als sicher annehmen könne. Ueber die Eupen-Malmédy-Frage erklärte Dr. Stresemann, daß es sich bei dem materiellen Objekt dieser inoffiziellen Verhandlungen um eine